

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 42
Dezember
2007

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

auf einem unserer Workshops mit dem CSIS in Washington fiel vor ein paar Jahren plötzlich der Begriff "Ansehensverlust". Dann wurde der rapide Verfall des amerikanischen Ansehens in der Welt – selbst bei den besten Freunden Amerikas – zum Schlüsselthema unseres 2-tägigen transatlantischen Dialogs. Inzwischen ist der Ansehensverlust der U.S.A. – so berichtet Thomas Bagger aus Washington – dort Wahlkampfthema führender Demokraten, die unter dem Motto "reengaging the world" eine Trendumkehr bewirken wollen.

Simon Serfaty – der kluge Vor-
denker unserer Freunde vom
CSIS – hat mit seinem gerade er-
schienenen Buch "*Architects of
Delusion – Europe, America, and
the Iraq War*"¹ den Finger in die
Wunde gelegt und beschrieben,
welche Anteile Tony Blair,
George W. Bush, Jacques Chirac
und Gerhard Schröder an der
Entstehung der ernstesten Krise
der transatlantischen Beziehun-
gen nach dem II. Weltkrieg ha-
ben. Konstruktiv – wie er nun
einmal ist – beschränkt sich Si-
mon nicht auf die Schadensana-
lyse, sondern beschreibt vielmehr
die Aufgaben, die eine neue Ge-
neration transatlantischer Füh-
rungskräfte zu lösen haben, um
den angerichteten Schaden zu
beheben.

Der Ausgang der Wahlen in den
U.S.A. wie auch die Substanz der
inneramerikanischen Diskussion
werden maßgeblich mitbestim-
men, welcher Spielraum hierfür
bleibt. Dass die transatlantische
Achse Schlüssel für Sicherheit
und Prosperität der Menschen
unserer beiden Kontinente bleibt,
beleuchten die beiden anderen
Beiträge der Denkwürdigkeiten.

Ich wünsche Ihnen im Namen des
Vorstands der pmg ein frohes
Weihnachtsfest und ein gesun-
des, erfolgreiches Jahr 2008

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

¹ "*Architects of Delusion – Europe, America,
and the Iraq War*", University of Pennsylvania
Press Cloth Dec 2007; ISBN 978-0-8122-
4060-3.

In dieser Ausgabe

1 Von Iowa ins Weiße Haus: eine Momentaufnahme der US-Präsident- schaftswahlen

von Dr. Thomas Bagger

4 The Rise of Africa in the Interna- tional Geopolitical Landscape

von Dr. Christina Y. Lin

8 China – Keine Angst vor dem Drachen!

von Dr. Peter Roell

THEMEN

Von Iowa ins Weiße Haus: eine Moment- aufnahme der US- Präsidentschaftswah- len

US-Präsidentschaftswahlen er-
freuen sich traditionell hoher
Aufmerksamkeit. Der Kampf um
die Nachfolge von George W.
Bush sticht dennoch aus zwei
Gründen heraus: zum einen wird
die Wahl im Ausland wie in den
USA angesichts eines außerordent-
lich unbeliebten Präsidenten
vielfach förmlich herbeigesehnt,
zum anderen ist die Wahl die "of-
fenste" seit vielen Jahrzehnten:
weder der Präsident noch sein
Vizepräsident werden zur Wahl
stehen. So begann der Vorwahl-
kampf schon kurz nach den Zwi-
schenwahlen zum Kongress im
November 2006, und in beiden
Lagern – Demokraten und Re-
publikaner – bewerben sich eine
Vielzahl von Kandidaten um die
Nominierung ihrer Partei für die
eigentliche Wahl am 4. November
2008.

Dieser Vorwahlprozess ist mehr als ein Vorlauf für die Präsidentschaftswahl – er ist ein ausgewachsener eigener Wahlkampf, erbittert und mit enormem Aufwand über Monate geführt. Er birgt außerdem erhebliche Risiken: die Nominierung kann nur gewinnen, wer die eigene Basis begeistern kann. Präsident aber kann nur werden, wer danach die Mehrheit der "independents" für sich zu mobilisieren versteht. Wer der eigenen Basis zu weit entgegenkommt, hat es hinterher schwer, für eine Mehrheit in der Mitte wählbar zu sein.

"Caucus" und "Primary" – Politiker zum Anfassen

Das System der Vorwahlen ist wie ein Spiegelbild der USA: ein Flickenteppich unterschiedlichster Regeln und Verfahren, durchwirkt mit eifersüchtig bewachten Traditionen. So beginnt der eigentliche Nominierungsprozess auch 2008 in kleinen, aber stolzen Vorwahlstaaten wie Iowa (mit dem ersten "caucus" der Nation – diesmal am 3. Januar, so früh wie noch nie), New Hampshire (mit der "first-in-the-nation-primary" am 8. Januar), und South Carolina ("first-in-the-South"). Die bevölkerungsreichen Staaten wie Kalifornien und New York, in denen die meisten Delegierten für die Nominierungsparteitage im August 2008 vergeben werden, kommen erst am 5. Februar zum Zuge.

Drei Elemente bestimmen die Nominierungschancen der Kandidaten: das Geld, die Organisation und die politische Botschaft. Die ungewohnten neuen Kräfteverhältnisse der amerikanischen Innenpolitik, in der die Republikaner unter der Last von sieben Jahren Bush-Administration leiden, werden schon bei der Spendeneinwerbung deutlich: Hillary Clinton und Barack Obama, die beiden Spitzenkandidaten der Demokraten, haben allein 2007 jeweils knapp 100 Millionen Dollar an Spenden gesammelt (wobei die maximale Spendenhöhe pro Person bei 2.300 US-Dollar liegt), ihre Konkurrenten unter den Republikanern, üblicherweise finanziell besser ausgestattet, kommen gerade einmal auf 50 Mio. US-Dollar.

Die zweite Herausforderung ist der Aufbau einer schlagkräftigen Wahlkampforganisation. Der eigentliche Parteiapparat ist dabei nur als Personalpool bei der Rekrutierung hilfreich und spielt kaum eine eigenständige Rolle. Schwerpunkte dieser ganz auf die Kandidaten zugeschnittenen Organisationen sind die frühen Vorwahlstaaten. Nirgendwo wird dies so deutlich wie in Iowa: Der Staat im Mittleren Westen hat ganze 3 Millionen Einwohner, gerade einmal 1% der US-Bevölkerung, 93% davon sind weiß (26% bekennen sich zu deutschen Vorfahren) – kaum repräsentativ für die USA von heute. Aber Iowa, die "Nummer Eins bei Mais, Sojabohnen und Schweinen" ist auch diesmal "first in the nation" im Vorwahlprozess. In 1.784 Wahllokale ("precincts") werden am Abend des 3. Januar Favoriten für die Präsidentschaft gekürt oder gestürzt. Die Kandidaten ringen deshalb um jeden der etwa 120.000 Demokraten und etwa 80.000 Republikaner, die zum jeweiligen "caucus" erwartet werden. Clinton und Obama haben jeder etwa 200 bezahlte Mitarbeiter allein in Iowa, dazu hunderte von "volunteers". Beide haben in diesem Jahr etwa 70 (siebzig) Tage wahlkämpfend allein in Iowa verbracht.

Das "Caucus"-Verfahren, das noch in einem guten Dutzend Bundesstaaten praktiziert wird, verlangt von den Wählern ein öffentliches Bekenntnis zu ihren Favoriten. Während bei den Republikanern schlicht die Stimmen für jeden Bewerber gezählt werden, haben die Demokraten ein komplizierteres Verfahren, das ganz eigene Überraschungen produzieren kann. Um in einem Wahllokal Delegierte gewinnen zu können, muss ein Kandidat 15% der Stimmen auf sich vereinen – gelingt ihm dies nicht, ist er nicht "viable". Seine Anhänger können dann entweder nach Hause gehen oder aber sich anderen Bewerbern anschließen. So gewinnt angesichts des breiten Kandidatenfeldes die Frage des "second choice" enorm an Bedeutung. Das ganze Verfahren ist nicht etwa geheim, sondern spielt sich am Abend des 3. Januar zwi-

schen 19 und 21 Uhr als gruppendynamischer Prozess in den Schulen und Turnhallen von Iowa ab.

Umfragen, Strategien und "messages"

Bei den Demokraten konnte Hillary Clinton von August bis Oktober ihren Vorsprung vor Barack Obama und John Edwards kontinuierlich ausbauen – in landesweiten Umfragen auf über 20%, aber auch in den wichtigen Vorwahlstaaten New Hampshire, South Carolina, Florida und den großen Staaten Kalifornien und New York, die am 5. Februar eine Vorentscheidung treffen werden. In Iowa, wo sowohl Edwards wie Obama früher eine starke Organisationsbasis aufgebaut hatten und wo Clintons Votum für den Irakkrieg besonders unpopulär war, war ihr Vorsprung geringer, aber sie lag auch dort vorn. Dieser Vorsprung – gegründet auch auf eine lange Zeit sehr professionellen, fast fehlerlosen Wahlkampfes – begann seit Anfang November zu bröckeln. In Iowa ist er gänzlich aufgezehrt, dort liegt jetzt (d.h. Mitte Dezember) Obama knapp vorn (etwa 29% gegenüber Clintons 26% und Edwards 23% – die beste Zusammenstellung ist zu finden unter www.realclearpolitics.com). Die Ursachen sind vielfältig: eine schwache Vorstellung Clintons in der landesweiten Fernsehdebatte am 26. Oktober, ein aggressiverer Wahlkampf ihrer Gegner, ein brillanter Auftritt Obamas beim traditionellen Jefferson-Jackson-Dinner in Des Moines in Iowa am 12. November – und die immer lauter gestellte Frage, ob Clintons Versprechen von Kompetenz und "experience" das ist, was die den Demokraten zuneigenden Amerikaner wollen, oder ob sie Obamas Versprechen eines radikalen Neuanfangs ("change we can believe in") vorziehen. Auch in New Hampshire, am 8. Januar der nächste Stopp der Vorwahltournee, und in South Carolina, ist Clintons Vorsprung auf Obama drastisch zusammengeschmolzen. Der deutlich rauere Ton, mit dem Clinton auf diesen Trend reagiert, verrät Nervosität: auch wenn sie in allen anderen Staaten in Umfragen vorn liegt, muss sie

sich um die traditionelle Signalwirkung der frühen Vorwahlstaaten sorgen. Fazit: Das Rennen um die demokratische Kandidatur ist Mitte Dezember offener denn je.

Bei den Republikanern ist das Feld nicht nur unübersichtlicher, sondern auch sehr viel volatiler. Nutznießer ist gegenwärtig der evangelikale Baptistenpfarrer und frühere Gouverneur von Arkansas Mike Huckabee. Lange Zeit weit abgeschlagen hinter den besser bekannten Kandidaten wie dem New Yorker Ex-Bürgermeister Rudy Giuliani, Senator John McCain, dem Ex-Gouverneur von Massachusetts Mitt Romney und dem früheren Senator Fred Thompson, hat er in den letzten Wochen durch konsequente "grassroots"-Auftritte in Iowa einen kometenhaften Aufstieg in den Umfragen genommen. Jüngste Umfragen sehen ihn nicht nur in Iowa und South Carolina vor Romney, sondern auch landesweit auf Platz zwei knapp hinter Giuliani. Huckabee, der mit einer freundlich-jovialen Mischung aus christlich-fundamentalistischer Prinzipienfestigkeit (gegen das Recht auf Abtreibung, für home-schooling, gegen die Evolutionslehre...) und einem protektionistischen "kleine-Leute"-Wirtschaftspopulismus auftritt, füllt plötzlich die Lücke des "überzeugten Konservativen", die all die finanziell und organisatorisch so viel besser ausgestatteten Konkurrenten Romney, Giuliani und McCain nicht glaubhaft haben besetzen können. Romney, der Giulianis landesweite Bekanntheit und Popularität mit zwei frühen Vorwahltriumphen in Iowa und New Hampshire aushebeln wollte, droht dabei von Huckabee die größte Gefahr: gewinnt er in Iowa nicht (wo er bisher etwa 7 Mio. US-Dollar gegenüber 300.000 von Huckabee eingesetzt hat), geht er als Verlierer in die nächste Runde. Giuliani rechnet sich sowohl in Iowa wie in New Hampshire kaum realistische Siegschancen aus, sondern setzt ganz auf Florida (29. Januar) und auf die bevölkerungsreichen Kalifornien und New York am 5. Februar, in denen er seinen Ruf als "Held von 9/11" besser

ausspielen kann. Mit Fred Thompson rechnet kaum noch jemand, McCain hat nur noch in New Hampshire, wo sein prinzipienfester, aber mitunter starrsinniger Konservatismus populär ist, eine Außenseiterchance, um seinem im Sommer fast implodierten Wahlkampf wieder Auftrieb zu geben. Ob es Huckabee gelingt, seine Popularität in Stimmen und bis zum vorentscheidenden 5. Februar auch in Spenden und eine schlagkräftige Organisation umzumünzen, ist völlig ungewiss. Am Beispiel Huckabee zeigt sich aber wieder einmal, dass im amerikanischen Vorwahlsystem in Staaten wie Iowa und New Hampshire die Persönlichkeit eines Kandidaten im direkten, monatelangen Kontakt mit den Wählern mindestens ebenso wichtig bleibt wie die Einwerbung achtstelliger Wahlkampfspenden.

Was hat Europa zu erwarten?

Die Hauptthemen des Wahlkampfes sind innenpolitisch: das Versprechen einer Krankenversicherung für alle auf Seiten der Demokraten, die Bekämpfung der illegalen Einwanderung (Hauptthema von Romney) und das Versprechen von Steuersenkungen (Giuliani) auf Seiten der Republikaner – dazu das Versprechen, "Washington zu ändern" auf allen Seiten. Aber auch die Außenpolitik spielt eine bemerkenswert große Rolle, selbst im tiefen Mittleren Westen, und es werden erste Konturen erkennbar, worauf sich Europa – und der Rest der Welt – unter einen neuen Administration einzustellen haben werden.

"Reengaging the world" ist das Motto der führenden Demokraten, von Edwards über Clinton bis zu Obama. Sie werfen der Bush-Administration den rapiden Verfall des amerikanischen Ansehens in der Welt und die Vernachlässigung der traditionellen Alliierten vor. Sie alle haben angekündigt, Europa beim Klimaschutz entgegenzukommen, auch bei transatlantischen Reizthemen wie der Schließung von Guantanamo und dem consequenten Verbot von Folter. Aber auf eines werden sie nicht verzichten: auf die Überzeugung, Amerika sei einzigartig

und von daher berufen, die Welt zu führen – es müsse nur klüger und effizienter geschehen als unter George W. Bush. Unter den Demokraten bestehen deshalb auch große Erwartungen, für ihr beabsichtigtes "reengagement" eine (europäische) Gegenleistung zu erhalten: in Afghanistan, in Darfur, in anderen künftigen Konflikten. Alle demokratischen Kandidaten, aber auch manche Republikaner pflegen zudem einen auffallend protektionistischen Diskurs: der Verlust an Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe hat ihre traditionelle Basis hart getroffen. Wie schwer die Freihandelsidee unter Beschuss steht, mag man daran ablesen, dass Hillary Clinton sich öffentlich von NAFTA distanziert, der nordamerikanischen Freihandelszone, die ihr Mann nach jahrelangem Ringen mit der eigenen Partei durchgesetzt hatte.

Aber das ist nicht die einzige Tendenz, um die die Europäer sich Sorgen machen müssen. Während die Demokraten sich auf den unpopulären Irakkrieg fokussieren und einen raschen Abzug versprechen, schreiben die Republikaner den Manichäismus des George W. Bush fort. Im "Krieg gegen den Terror" haben sie von Giuliani über Romney bis zum außenpolitisch völlig unerfahrenen Mike Huckabee den "islamischen Faschismus" als neue, größte Herausforderung der amerikanischen Idee identifiziert. In diesem als existenziell empfundenen Kampf sollen dann auch viele Mittel "Recht" sein: von "enhanced interrogation techniques" (gegen die sich auf republikanischer Seite nur der selbst in Vietnam gefoltete John McCain konsequent ausspricht) bis zu einer "Verdopplung von Guantanamo" (Mitt Romney). Huckabees Diskurs ist besonders illustrativ für eine verbreitete Grundstimmung der republikanischen Basis. Seine Stärke ist ein religiös-konservativer Populismus mit Anspielungen auf ein autarkes Amerika in einer feindseligen Welt: "*a free country has to be able to feed itself, fuel itself and fight for itself*". So gelingt es ihm, Klimaschutz und Energieunabhängigkeit ("a moral issue"), "buy American"-

Handelspolitik und Gottgläubigkeit unter einen Hut zu bringen. In der Definition des "Islamic fascism" entsteht eine tiefe neue Bruchlinie innerhalb der amerikanischen Außenpolitik zwischen Republikanern und Demokraten – aber möglicherweise auch zwischen Europa und Amerika. Die international und Allianz-orientierten Republikaner werden weniger (Chuck Hagel gibt seinen Senatssitz 2008 auf, Richard Lugar ist weitgehend isoliert, McCain hat kaum Chancen), und in der neuen Generation zeigen sich viele beeindruckt von der Argumentation konservativer Vordenker und Kolumnisten, derzufolge Europa sich im Kampf mit dem Islamismus bereits selbst aufgegeben hat. Hier entsteht eine Philosophie eines "America Alone" (so der Titel des Bestsellers von Mark Steyn), die eine Wertverbundenheit wenn überhaupt nur noch mit Israel sieht – sicher nicht mehr mit einem Europa, dem man den demographischen und politisch-kulturellen Selbstbehauptungswillen abspricht. "Muslime in Europa" wird ohne Zweifel ein großes transatlantisches Thema der nächsten Jahre sein.

Europa mag sich damit trösten, dass gegenwärtig vieles für einen Sieg eines Demokratischen Kandidaten im nächsten November spricht. Aber bis ins Weiße Haus ist es noch ein weiter Weg: am 4. November 2008 wird gewählt, erst am 20. Januar 2009 wird der neue Präsident – oder die neue Präsidentin – vereidigt. Möglicherweise werden die beiden Kontrahenten bereits nach dem großen Vorwahltag am 5. Februar feststehen. Dann beginnt die nächste, lange Etappe des Wahlkampfes: der Kampf um die "independents". Sie neigen nach sieben Jahren Bush so stark wie selten zuvor zu den Demokraten. Aber auf die Frage "Is the War on Terror really a war?" antworten unter ihnen immerhin 49% mit JA.

Dr. Thomas Bagger, Washington

Dr. Thomas Bagger ist stellvertretender Leiter der Politischen Abteilung der Deutschen Botschaft in Washington D.C.. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

The Rise of Africa in the International Geopolitical Landscape

A U.S. Energy Perspective

This paper explores the changing U.S. perspective of Africa as a "lost continent" to a land of "strategic opportunity". Due to rising global energy demands, ongoing terrorism in the Middle East and North Africa, and negative externalities of China's activities in Africa such as arms proliferation, environmental degradation, poor governance and human rights abuses, Africa is gaining prominence on the radar screen of U.S. national security interests. With the Pentagon's creation of U.S. Africa Command and the creation of the Shanghai Cooperation Organization's Energy Club this year, the stage is set for a new geopolitical dance of superpower rivalry for resources on the African continent.

However, this resource competition also offers prospects for engagement and cooperation through multilateral fora in the issue of energy security. This paper argues that U.S. Africa Command, in working with NATO and the Shanghai Cooperation Organization, can coordinate with the African Union and United Nations for joint efforts to stabilize the energy sector as well as take constructive steps to help African governments move away from the "resource curse" of the petroleum-state model.

Why the Interest in Africa? Energy

From an U.S. perspective, historically there has been little interest on the African region and some have termed U.S. policy towards Africa as one of "benign neglect". For example, a 1995 Pentagon report on *US Security Strategy for Sub-Saharan Africa* stated that "*Ultimately we see very little traditional strategic interest in Africa*". During that time, oil was still \$15 per barrel, and people by and large did not give much thought to oil supply, nor to Africa, with news

coverage of Africa focusing mainly on famine and genocide. Fast-forward 10 years later however, and Africa is being transformed into a new lucrative source of oil and gas for the global market with increasing investment from not just Europeans, but also China, Russia, India, and the U.S..

There are several reasons for this changing view on the importance of Africa. The first reason is *increasing energy demand from Asia*, especially India and China. In 2005, 40% of global energy demand came from Asia Pacific region, and this figure is expected to rise. High demand, coupled with consistently elevated prices of oil at \$60-\$80 per barrel, and fear of peak oil especially in the Middle East, are driving energy consumers to seek alternative suppliers. The second reason is *uncertainty of supply* and continued Middle East conflict.

This prompted a call by President Bush in his 2006 State of the Union Address to diversify Middle East oil dependence by 75% by the year 2025. Moreover, U.S. efforts to distribute America's energy security portfolio across multiple nodes have taken on new urgency since 9/11. The third reason for Africa's attractiveness is *discovery of reserves with new technological advances*. Deep water drilling (more than 1,000 feet) has freed up reserves in Africa that was hitherto not commercially viable, especially off the coast of West Africa in the Gulf of Guinea.

Admittedly, the sceptic may question the feasibility of Africa as an alternative source of energy supplier, given that it only has 10% of world's proven reserves while the Middle East has 63%. However, notwithstanding these doubts, there are several reasons that make African oil attractive, mainly its low sulfur content, its reserve location offshore, and favourable production sharing agreement (PSA) contracts. African oil, being light and low in sulfur, translates into lower processing cost of needing little refining, which also

meets the U.S. and EU's strict environmental standards.

In contrast, Middle East oil is heavy and high in sulfur content, which is mainly sold to the Asian market with their more lax environmental standards. Additionally, the location of African oil reserves being offshore reduces transport cost, since there is no need to build expensive pipelines through conflict-ridden zones onshore. New technologies, such as the Floating Production Storage and Offloading Vessel (FPSO), are giant ship-like hulls that contain floating factories the size of several football fields where crude oil extracted from deep waters is brought for processing and production, stored in containers that can hold in excess of 2 million barrels, and then offloaded onto supertankers for transportation to refineries anywhere in the world. Moreover, FPSO has enabled drilling 200 miles-plus off the world's coastlines, so that currently two-thirds of the world's new oil/gas discoveries come from deepwater reserves. This to a large extent has abated peak oil fears.²

Finally, African nations grant favourable contracts called PSAs, whereby a foreign oil company is awarded license to look for petroleum (on the condition that it assumes up-front costs of all exploration/production) and will share revenues with the host government if oil is discovered on the block. PSAs are generally offered to impoverished countries that would never be able to amass either technical expertise or billions in capital investment required to drill for oil themselves.

This is attractive for the international oil companies because a relatively small up-front investment can quickly turn into untold billions in profits. Contrast this with Saudi Arabia, where state-owned Saudi Aramco has a monopoly on exploration and production and distribution, the three qualities of African oil being light, has less transport cost, and PSA

arrangements indeed render it more attractive to the U.S. and its energy needs. In fact, a 2000 U.S. National Intelligence Council report predicts that US will import 25% of oil from Africa by 2015.

Counter-terrorism

Another reason for the focus on Africa is increasing terrorism and violence on the continent. Africa has a large ungoverned area and is rampant with failing and failed states that provide a breeding ground for terrorists. For example, U.S. defense intelligence states that many foreign fighters from Iraq come from Morocco and Algeria. Thus, countering terrorism and improving African security would promote U.S. interests and reduce a source of terrorism against the U.S..

Additionally, U.S. is interested in ensuring maritime security and protection of trade routes from Africa. The U.S. is increasing economic relations with Sub-Saharan Africa via a comprehensive U.S. trade and investment policy for the continent called the African Growth and Opportunity Act (AGOA). Moreover, Nigeria is now the third largest global oil supplier to the U.S., the largest global energy consumer, thus instability in the country will affect world oil prices. For example, instability in the Niger Delta regions have resulted in 25% oil shut-in, and world oil prices rose above \$60 per barrel in April 2007 after the country held disputed national elections and above \$70 per barrel in May 2007 after attacks on pipelines in the Delta.³

Thus, increasing violence in the Niger Delta which contributes to world volatility of oil prices, in conjunction with piracy, illegal fishing and trafficking in the Gulf of Guinea, and the traditional U.S. naval role of guarantor of free sea lanes of communication (SLOC), are key drivers for U.S.' increasing focus on Africa. This culminated in the creation of Pentagon's U.S. Africa Command (US AFRICOM) in February of this

year, which is an internal reorganization of parcelling off countries divided along the seams of Central Command (CENTCOM), European Command (EUCOM), and Pacific Command (PACOM) into Africa Command to better address rising priorities in Africa.

Countering China's Negative Externalities in Africa

One more reason for the shift in U.S. focus on Africa is China's activities in Africa. The main criticism of China's activities in Africa is its negative externalities of soft loans that undermine international efforts for structural adjustments to alleviate poverty, improve human rights and democracy, instill good governance and improve sustainable development in poor African countries. For example, in Angola, a US\$2 billion soft loan in 2005 undermined years of IMF's structural reform efforts. In many ways, it may be argued that China's activities and infrastructure projects have some positive spin-offs of lowering transaction costs and increasing raw material commodity prices that turns into extra cash in Africa's coffers.

However, the downside is that it is inadvertently creating dependency on China rather than utilizing Africa's own domestic resources and people. For example, the ratio of Chinese exports to locals contracted is as high as 70% Chinese and 30% local. China imports its own labor, which does not improve unemployment in Africa, nor does it assist Africa's private sector to grow both technically and financially. Moreover, China's development aid to Africa centres on grants and loans with own political condition of the One-China Policy⁴, in which any country engaging with China cannot engage with Taiwan, and its own economic condition of allowing Chinese firms access to natural resources, repatriation of profits, and use of Chinese labor.

John Ghazvinian, *Untapped: The Scramble for Africa's Oil* (Orlando, FL: Harcourt, Inc., 2007), pp. 84-87.

³ Lauren Ploch, *Africa Command: U.S. Strategic Interests and the Role of the U.S. Military in Africa*, CRS Report for Congress, 6 July 2007, p. 13.

⁴ Moreblessings Chidaushe, "China's Grand Re-entrance into Africa — Mirage or Oasis?" in *African Perspectives on China in Africa*, Fitzroze Manji and Stephen Marks eds. (Cape Town, South Africa: Fahamu South Africa, 2007), p. 116.

Another interesting development is that the Chinese are increasing their military presence and security forces to protect their energy assets. Currently there are an estimated 5.000 Chinese troops on the African continent, with 14 Chinese military attaché offices in the African countries (Algeria, Democratic Republic of Congo, Egypt, Ethiopia, Liberia, Libya, Morocco, Mozambique, Namibia, Nigeria, Sudan, Tunisia, Zambia and Zimbabwe). They regularly conduct military exchanges and training, and supply African nations, especially Sudan, with arms in return to access to oil and natural resources.⁵

When contrasted with the 1.500 combined civilian and military staff at U.S. base in Djibouti, one wonders why no one is raising the alarm of increasing militarization of China-Africa relations and only focusing on current U.S.-Africa relations over US AFRICOM, which is merely a new name for an internal Defense Department reorganization and not a new basing structure with new troops on the continent. Some pundits suggest this may be because China has already established a beachhead on the continent and have standing defense attaché offices in various countries. As such, these African countries do not want to upset China and risk losing their no strings aid packages, as well China's UN Security Council vote that would protect African governments from sanctions over human rights abuses.

Africa's Challenges

Cycle of Underdevelopment: Resource Curse and Dutch Disease

Resource-rich countries generally experience the 'resource curse', or 'paradox of plenty', in which they fail to experience wealth from their resource endowments but rather undergo a cycle of persistent underdevelopment. This is what is called the 'Dutch Disease', named after the Netherlands in the 1970s when discovery of

natural gas in the North Sea crowded out their manufacturing sector. The sudden increase in value of natural resources led to appreciation of real exchange rates, which made their exports in non-natural resource commodities more expensive and less competitive in the international market. Whereas foreign exchange earned from natural resources could buy internationally traded goods, it is at the expense of domestically manufactured goods. Domestic labor and material shift to the booming resource sector, and the price of resources increase in the domestic market, leading to an increase in cost to producers in other sectors and crowds out previously existing sectors. In the Dutch case their manufacturing sector was crowded out and the country experienced an overall economic decline; in the African case it is their agricultural sector.

Moreover, resource-rich countries are *rentier states* – that is, they receive rents from foreign companies for their resources rather than revenues from domestic taxes. Since the state does not depend on its own citizens for tax revenue, it has little incentive to be accountable for their welfare provision. As such, the governments are extracting rent from foreign companies on their oil assets and end up pocketing the revenues rather than reinvesting the money into the country's infrastructure.

Nigeria is a case in point. Nigeria receives 90-95% of its revenues from oil, yet its citizens have yet to see the outlay of that revenues because of weak public budget and government apparatus to distribute the revenues. Also, over-exploitations have caused grave environmental damage to the Niger Delta, wiped out previously self-sustaining fishing villages due to oil spillage in rivers, obliterated the people's livelihood while failing to distribute earnings from the oil assets on their land.⁶ Human rights abuses by security

forces, forced migration and massacre have prompted the citizens to seek redress by holding hostages the producers and production of oil.⁷ Such desperate situations have cause the people to form MEND (Movement for the Emancipation of the Niger Delta) to counter exploitation and oppression from African security forces and the government.

This is a formula for almost permanent instability, violence and eventually, civil war and state failure. In many aspects, the result of the 25% oil shut-in in Nigeria was indirectly the responsibility of international oil companies and Nigerian government's greed in resource exploitation and lack of respect for human rights.

Thus, the combination of Africa's acute structural weakness of its government and China's tied aid conditions (repatriation of profits, access to resources and up to 70% contracts to Chinese firms) pose development challenges for the African region. These challenges, coupled with China's industrial pre-eminence, mean that African development is unlikely to come from high-volume manufacturing,⁸ and this may inadvertently keep the region in a cycle of uneven terms of trade in mainly exporting primary goods.

Potential Conflict among Energy Players in Africa

Another challenge Africa faces is potential conflict among various energy-hungry states in Africa. China is not the only player in Africa. Africa is also a supplier of resources to Brazil, Russia, India, China, U.S., EU, South Korea and Malaysia.

Three of the main players, China, Russia, and India, are members and observers of the Shanghai Cooperation Organization (SCO), which consists of Russia, China, Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan, Uzbekistan, and includes four observer members, India, Pakistan, Mongolia and Iran.

⁵ Susan M. Puska, *Resources, Security and Influence: The Role of the Military in China's Africa Strategy* in China Brief, The Jamestown Foundation, Vol VII, Issue 11, 30 May 2007.

⁶ Macartan Humphreys, Jeffrey D. Sachs & Joseph E. Stiglitz eds., *Escaping the Resource Curse* (New York: Columbia University Press, 2007).

⁷ *Human Rights Watch 1999*, cited in Humphreys, Sachs, Stiglitz, 2007, p. 269.

⁸ Nicky Oppenheimer, *No more the 'hopeless continent'* in International Herald Tribune, 1 June 2007.

SCO currently cover an area of over 30 million squared km, or 3/5 of Eurasia, with a population of 1.455 billion, or ¼ of the world's total population.⁹ Its working languages are Chinese and Russian, with \$1 trillion in reserves.

In July 2007, the SCO founded the 'Energy Club' to coordinate energy policies among its producer, consumer and transit members.¹⁰ This move alarmed the U.S. and E.U., given the recent pattern of Russia's increasing weaponization of energy as a political currency in international relations. Russia's use of interruptions in the supply of natural gas as a political weapon against Poland and Bulgaria in the 1990s, against the Ukraine and Georgia in 2006, as well as an interruption in the supply of Lithuania are evidence of the considerable negotiating power that Russia is determined to wield.¹¹ In fact, in August 2007, Russia's Gazprom and Algeria's Sonatrach signed a memorandum of understanding calling for coordinated gas prices.¹² Moreover, Russia and Iran's desire to form a gas OPEC through the Gas Exporting Countries Forum (GECF),¹³ and the U.S.' call to include energy security in Article V of the NATO Charter at the NATO Riga Summit in November 2006, indicate a trend towards increasing intervention in global energy markets and the potential for military conflict as many energy producers and consumers strive for resource access in Africa.¹⁴

⁹ Horace Campbell, "China in Africa: Challenging U.S. Global Hegemony" in *African Perspectives on China in Africa*, p. 125.

¹⁰ Marcel de Haas, "S.C.O. Summit Demonstrates its Growing Cohesion" in *Power and Interest News Report*, 14 August 2007.

¹¹ Friedemann Muller, *Energy Security: Demands Imposed on German and European Foreign Policy by a Changed Configuration in the World Energy Market*, SWP Research Paper, RP2, (Berlin, Germany: Stiftung Wissenschaft und Politik, January 2007), p. 23.

¹² Pepe Escobar, *Who profits from a gas OPEC?* in *Asia Times*, 11 April 2007.

¹³ Gas Exporting Countries Forum consists of 15 countries that control 73% of the world's gas reserves.

¹⁴ Under Putin's presidency, there has been 'creeping renationalization' of Russia's energy policy. In 1997, before he was appointed Prime Minister and then elected President, he defended a Candidate of sciences dissertation 'Mining Raw Materials in the Strategy for Development of the Russian Economy' at the

Given these challenges of China's negative externalities, potential conflict among various resource-hungry actors in Africa, and development conundrum of the resource curse, it is important for these various energy consumers and producers to work together within multilateral fora to reduce misperceptions and identify areas for cooperation.

Africa's Opportunities Perception Management via Multilateral Fora

From the U.S. perspective, various stakeholders in Africa need to increase resources to establish bureaucratic mechanisms to address development and security challenges in Africa, and work in partnership with equity holders such as China, India, Russia and the E.U. The U.S. is beginning to take steps with US AFRICOM, which will have personnel to link security with development issues in the region. US AFRICOM can work within NATO with the African Union (AU) and SCO member/observer countries (e.g., Russia, China and India) to identify areas for mutual cooperation, such as counterterrorism on the continent or fighting piracy and illegal trafficking off coastal waters. US AFRICOM, NATO, and SCO can partner with AU and United Nations and pool their resources together to meet the UN Millennium Development Goals (UNMDGs).¹⁵ Moreover, it is im-

St. Petersburg Mining Institute. He views Russia's resource sector and particularly its energy industry as a strong supporter of a 'managed democracy' from above, and sees the demise of the Soviet Union as the 'greatest catastrophe of the 20th century'. See Frank Umbach, "China and Russia: Implications for European and Transatlantic Security Cooperation" in *Energy & Security*, Politisch-Militarische Gesellschaft e.V. (pmg) in cooperation with the Center for Strategic & International Studies Conference Report (Berlin: Politisch-Militarische Gesellschaft e.V. (pmg)), p. 28. His consolidation of internal power in Russia and his renationalization policies of Russia's natural resources sectors during the last years are consistent with his views. So his weaponization of the oil & gas sector, ambition of gas OPEC through the GECF and the SCO's Energy Club appear to be on an upward trend as he consolidates more power and control over Russia's internal resources to serve Russia's external ambitions.

¹⁵ UNMDG was established at the Millennium Summit in September 2000, committing a global partnership of nations to reduce extreme

important to have multilateral fora for dialogue, because that provides venues for consensus, arbitration, and outlets to diffuse bilateral tensions and misperceptions. It also provides a way to identify mutual areas of interest for cooperation, to prevent redundancy of aids, such as the 2005 US\$2 billion soft loan to Angola that was not coordinated with multilateral donor organizations and undermined years of structural reforms to the detriment of Angola's development.

Transparency and Good Governance

Another way forward to resolve Africa's development challenges is to increase transparency of oil companies' dealings with African governments. Oil earnings in low-income countries should be turned into public investments rather than into increased private consumption, and that requires transparency on how much money the government is receiving from oil companies and place that into the public budget.

Generally, oil contracts are often opaque and do not disclose how much the international oil companies are paying the government nor if any portion of the revenues are distributed within the host country. To redress the opacity issues, the international community in 2002 launched a transparency initiative called Publish What You Pay (PWYP) whereby companies publish what they're paid by governments, and this is followed by the 2003 Extractive Industry Transparency Initiative (EITI), in which governments report what they pay oil companies.

While EITI currently operates on a voluntary basis and needs better enforcement mechanism, it nonetheless provides a foundation to work towards the goal of

poverty and setting out a series of time-bound targets with a deadline of 2015. The eight targets are: (1) Eradicate extreme poverty and hunger; (2) Achieve universal primary education; (3) Promote gender equality and empower women; (4) Reduce child mortality; (5) Improve maternal health; (6) Combat HIV/AIDS, malaria and other diseases; (7) Ensure environmental sustainability; and (8) Develop a global partnership for development. [Http://www. Un.org/millenniumgoals](http://www.Un.org/millenniumgoals).

transparency. Africa's newly elevated status on the international radar screen and public consciousness may serve as impetus for subsequent EITI adoption, and it would be in Africa's interest to use this opportunity to leverage the world's current interest in its natural resources to establish adequate policies, laws, regulations, and systems to effectively manage the extractive industries and country revenues.

Some sceptics may view EITI and PWYP as paper tigers with no teeth, but as we've seen in the case of China and international opprobrium over its lax food and health safety standards, China is taking concrete steps to redress this issue. As such, by raising the international profile of development challenges in Africa and China's attendant negative externalities, this may likewise be the first step towards finally meeting these challenges and help Africa escape its resource curse of the current petrol-state dilemma.

Dr. Christina Y. Lin, Surrey

Dr. Christina Y. Lin is currently researcher for Jane's Information Group in Surrey, England and was previously director for China affairs in the policy planning office of the U.S. Department of Defense.

Opinions expressed in these contributions are those of the author.

THEMEN

China – Keine Angst vor dem Drachen!

Vorbemerkung

Die WirtschaftsWoche führte am 14. September 2007 in Berlin ihre 5. Jahrestagung durch, die sich mit Entwicklungen in China befasste. Teilnehmer an der Konferenz waren chinesische und deutsche Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft.

Am Vorabend der Tagung äußerten sich im Rahmen eines Abendessens der chinesische Botschafter in Deutschland, Ma Canrong sowie der außen- und sicherheitspolitische Sprecher der

CDU/CSU Bundestagsfraktion, Eckart von Klaeden, zum Konferenzthema.

Die Jahrestagung am Folgetag sah Expertenrunden mit folgenden Themen vor:

- China als Hightech-Land;
- Chinesische Unternehmen auf dem Weg zu Global Playern;
- Die ungeheuren Aufgaben im chinesischen Umweltschutz – Chancen für deutsche Investoren, Experten-Erfahrungsbericht;
- Olympiade 2008 in Peking – Wie deutsche Investoren profitieren;
- 10 Jahre Hongkong, Macao, Perlfloss-Delta – eine Bilanz der Vor- und Nachteile.

Die folgenden Ausführungen sollen einen kleinen Einblick in die Konferenz geben.

Unbegründete Ängste

Botschafter Ma wies gleich zu Beginn seines Kurzvortrages darauf hin, dass Ängste vor dem "chinesischen Drachen" völlig unbegründet seien. Angst beruhe oft auf Unkenntnis und Vorurteilen. Selbst Politiker gelangten zu Fehlurteilen, da sie häufig nur nach Peking oder Shanghai reisten. Nur einige 100km von diesen boomenden Städten entfernt sehe die Lage völlig anders aus.

Trotz großer Fortschritte bleibe China Entwicklungsland. Chinas Bevölkerung von derzeit etwa 1,3 Mrd. Menschen müssten von einer Ackerbaufläche von nur 7% ernährt werden. Jedes Jahr wachse die Bevölkerung um 10 Millionen Menschen. Zwischen den Regionen herrschten große Ungleichgewichte, und die Kluft zwischen Stadt und Land werde immer größer. 23 Millionen Chinesen lebten in tiefster Armut, 82,6 Millionen benötigten staatliche Unterstützung. Bei einem Pro-Kopf-Einkommen von jährlich 2.000 US-Dollar liege China in der Rangfolge weltweit am hinteren Ende. Jährlich müsse die Regierung 24 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen.

Trotz aller Schwierigkeiten, so Ma weiter, werde China unbeirrt den

Weg der friedlichen Entwicklung fortsetzen, politische und wirtschaftliche Reformen vorantreiben und an einer selbständigen und unabhängigen Außenpolitik festhalten. Dabei wolle sich Peking nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit nütze China und Deutschland. So belaufe sich das Handelsvolumen im vergangenen Jahr auf 28,2 Mrd. US-Dollar. Die Beziehungen zwischen China und Deutschland seien aus chinesischer Sicht von strategischer Bedeutung und man wolle diese weiter ausbauen.

Eckart von Klaeden bekundete in seiner Ansprache das große Interesse der Bundesrepublik Deutschland an einer erfolgreichen Entwicklung Chinas. Er habe keine Angst vor dem "Drachen China". Größere Sorgen bereite ihm ein China, das stagniere. Die Asien-Strategie der Bundesrepublik stehe auf zwei Säulen. Die eine sei die Entwicklung der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik, die andere, wie sich Deutschland auf die Entwicklungen in China und Asien einstellen solle. Das Schwungrad werde sich nämlich in der asiatisch-pazifischen Region bewegen und die Frage sei, welche Fähigkeiten wir aufbauen müssten und welche Strukturen wir bräuchten.

Abschließend stellte von Klaeden drei Thesen auf:

1. *Die Bundesrepublik Deutschland ist in hohem Maße am Erfolg Chinas interessiert*

Hierzu gehöre der Ausbau des Rechtssystems, die Integration Chinas in die Weltpolitik und Weltwirtschaft, die Beachtung eines fairen Wettbewerbs etc. Risiken lägen in der hohen Arbeitslosigkeit in China, der demographischen Entwicklung, der sozialen Unsicherheiten, um nur einige zu nennen.

2. *Stärkere Integration Chinas in internationale Strukturen*

Die G8-Staaten sollten sich für Schwellenländer weiter öffnen.

Dabei dürfe man aber die Gründungsprinzipien nicht aus dem Auge verlieren. "Politische und wirtschaftliche Freiheit sind unabdingbar!", so von Klaeden weiter. Der Dialog mit den Schwellenländern müsse aber fortgesetzt werden, zum Beispiel über den Schutz des geistigen Eigentums, die Stärkung der Investitionsfreiheit, die Verbesserung der Energieeffizienz, die Verringerung des CO2 Ausstoßes.

3. Engere deutsch-chinesische Kooperation auf internationaler Ebene und Übernahme von mehr Verantwortung

Als Felder der engeren Kooperation nannte von Klaeden Afghanistan, den Nahen und Mittleren Osten und den Iran. Besondere Sorge bereite hier das Nuklear- und Raketenprogramm Teherans. China sollte bei Sanktionen nicht im Abseits stehen! Aufgrund der engen Beziehungen Pekings zu Pakistan könne China auch hier eine konstruktive Rolle einnehmen. Chinas Afrika-Politik habe den Westen aufgeschreckt, wobei China allerdings auch eine beeindruckende Aufbaupolitik geleistet habe. Deutschland und China müssten gemeinsame Konzepte entwickeln, die dem Wohle der Menschen in Afrika dienen.

Expertenrunden

Heiko Gregorek, Regionaldirektor Mittleres Asien der Firma ROHDE & SCHWARZ International GmbH, München, berichtete in der Expertenrunde I aus der Praxis zum Thema "China als Hightech-Land". Der 11. Fünfjahresplan der VR China sehe die Realisierung wichtiger Projekte vor, die für deutsche Firmen interessant sein könnten. Zu diesen zählten:

- IC und Software: Forschungs- und Entwicklungszentren sollen weiter aus- und aufgebaut werden;
- Neue Generation des Internets, digitale Fernseh- und Mobilfunknetze;
- Neue Computersysteme (Petaflop Systeme);
- Biomedizin: Entwicklung neuer Impfstoffe;

- Ziviler Flugzeugbau: Entwicklung von kleinen und mittleren Flugzeugen, Hubschraubern;
- Satellitentechnik: Entwicklung neuer Satelliten zur Wetter- und Meeresbeobachtung, Telekommunikation und Umweltschutz;
- Entwicklung neuer Materialien.

China gebe pro Jahr über 30 Mrd. Euro für Forschung und Entwicklung aus. Das sind etwa 1,4% des GDP. 60% komme aus der Industrie, davon wiederum 40% von Hightech-Firmen aus Science Parks oder Sonderwirtschaftszonen.

Was Vertragstreue, Marken- und Eigentumsschutz, Rechtssicherheit, Rechtsdurchsetzung und Urteilsfindung anbelange, bestünden trotz Verbesserungen nach wie vor zu westlichen Rechtsauffassungen große Unterschiede.

Mittelständischen und kleinen deutschen Firmen empfahl Gregorek, bei Investitionen in China zurückhaltend zu agieren. Die Grundlagenentwicklung sollte in Deutschland gemacht werden. Produkte für den chinesischen und asiatischen Markt sollten in China entwickelt werden. Deutsche Spitzentechnologie, wirkliche Kernprodukte, Innovationen – so die Empfehlung – sollten in den heimischen Labors entstehen.

Fan Jianping, Dekan, Shenzhen Institute for Advanced Technology, Chinese Academy of Science, wies darauf hin, dass die industrialisierten Küstenstädte in den kommenden Jahren neue Technologie-Forschungszentren bauen müssten, um das Niveau der Industrie anzuheben. Die Top-Institute sollen mit internationaler Unterstützung gebaut werden.

Was den Bereich der medizinischen Versorgung anbelange, nannte Fan zwei interessante Zahlen. 79,1% der ländlichen Bevölkerung verfügten über keine Krankenversicherung. Im Jahre 2020 würden etwa 16% der chinesischen Bevölkerung über 60 Jahre sein. Die demographische Entwicklung in China werde das

Gesundheitssystem auf nationaler Ebene erheblich belasten.

In der Expertenrunde II "Chinesische Unternehmen auf dem Weg zu Global Playern" wies Frau Christina Stercken, Partner von Euro Asia Consulting, darauf hin, dass die Herausforderungen des Wettbewerbsumfeldes auch den Druck auf chinesische Unternehmen erhöhten und diese zwingen, zu internationalisieren. Der Anstieg der Auslandsinvestitionen sei dafür ein Indikator. So stiegen Chinas Auslandsinvestitionen von 6,9 Mrd. US-Dollar im Jahre 2001 auf 16,1 Mrd. US-Dollar bis Mitte 2007. Bis ins Jahr 2010 rechne man mit Auslandsinvestitionen von über 65,5 Mrd. US-Dollar.

Die Internationalisierung werde auch mittels M&A vorangetrieben. In den Jahren 2005 von 7,922 Mrd. US-Dollar bis jetzt auf 14,667 Mrd. US-Dollar. Die größten Akquisitionen chinesischer Unternehmen im Ausland fanden in den Bereichen Energie- und Rohstoffe statt. Die Bewertung wirtschaftlich angeschlagener Unternehmen sowie kulturelle Unterschiede seien bei der Akquisition für chinesische Firmen die größten Hindernisse.

Sun Shubao, General Manager bei Haier Deutschland GmbH, berichtete über die Erfolgsgeschichte des 1984 in Qingdao gegründeten Unternehmens. Innerhalb von 20 Jahren gelang der kleinen Kühlschrankfirma der Aufstieg zum Global Player.

Marc Fischer, Geschäftsführer von Lenovo Deutschland und Österreich, schilderte den rasanten Aufstieg des drittgrößten PC-Herstellers der Welt mit einem Gesamtumsatz von ca. 14,6 Mrd. US-Dollar im Fiskaljahr 2006/2007.

In der Expertenrunde III "Die ungeliebten Aufgaben im chinesischen Umweltschutz – Chancen für deutsche Investoren", berichtete Professor Dr. Andreas Oberheitmann vom Rheinisch-Westfälischen Institut in Essen, zur gegenwärtigen und künftigen Situation im chinesischen Umweltschutz. China werde zur Er-

reichung seiner gesetzten Ziele 185 Mrd. US-Dollar in den nächsten Jahren investieren. Als besondere Barrieren für Unternehmen, in Chinas Umweltschutz zu investieren, nannte Professor Oberheitmann die relativ hohen Transaktionskosten und die interventionistische Politik der chinesischen Regierung.

Jörg Scholle, Geschäftsführer der Nordex GmbH, sieht in China einen der größten Wachstumsmärkte für Windenergie (CAGR 2007 - 2011e: ca. 20%). Als Herausforderung erwähnte er, dass die Vergütung für erneuerbare Energien in China nicht detailliert geregelt sei. Die lokalen Wertschöpfungsstrukturen befänden sich erst im Aufbau.

Dr. Dieter Kilpper, Vorsitzender der Geschäftsführung der E.G.O.-Firmengruppe, die zu den weltweit führenden Zulieferern bei der Herstellung von Haushaltsgeräten zählt, hielt einen lebendigen und realistischen Vortrag über die Erfahrungen eines Mittelständlers im Reich der Mitte. Dennoch zog er für die E.G.O.-Firmengruppe ein positives Resümee: *"Der Markt ist enorm groß und nicht auf China und Ostasien begrenzt. Wer heute die Herausforderungen vor Ort nicht annimmt, verliert international laufend an Boden. Das Risiko, dabei zu sein, ist deutlich kleiner als das Risiko, in Zukunft nicht mehr gebraucht zu werden. Denn wenn man ohne uns in Fernost auskommt, kommt man morgen auch ohne uns in Europa und Amerika aus"*.

Die Expertenrunde IV diskutierte über die *"Olympiade in Peking - wie deutsche Investoren profitieren"*. Dr. Thomas Bach, Vizepräsident des Internationalen Olympischen Komitees, schilderte die enormen finanziellen Anstrengungen, die Peking unternahme, um die VR China als weltoffenes Land darzustellen.

Die Investitionen beliefen sich auf 45 Mrd. Euro; für die Organisation der Spiele seien zwischen 1,7 und 2,3 Mio. Euro vorgesehen. Die Flughafenkapazitäten würden verdoppelt, die Straßensysteme verbessert. Um die Umwelt zu

verbessern, würden 18 Millionen Bäume gepflanzt. In Peking erwarte man 1,5 Millionen Besucher, die 15 Mrd. Euro ins Land bringen sollen.

Weitere Experten berichteten über das Sponsoring in China. Die Sponsoring-Verträge hätten bereits ein Volumen von 1 Mrd. US-Dollar überschritten. Insgesamt gebe es 51 große Sponsoren bei den Sommerspielen. Elf davon, darunter die Bank of China und die Volkswagen AG, sind Partner des Olympischen Organisationskomitees BOCOG.

So will das Unternehmen Lenovo die Olympischen Spiele nutzen, um die Marke weiterhin publik zu machen. Lenovo wird 12.000 Desktops, 800 Notebooks und 700 Server zur Verfügung stellen. Das Unternehmen werde in 56 olympischen Einrichtungen und in 7 Städten mit insgesamt 150 Mitarbeitern vor Ort präsent sein.

Ein Medienexperte war sich sicher, dass die Olympischen Spiele dazu beitragen würden, das derzeit eher negativ besetzte Chinabild weltweit zu verändern – ganz im Sinne der chinesischen Führung.

Die V. Expertenrunde beschäftigte sich mit dem Thema *"10 Jahre Hongkong, Macao, Perflusdelta – Eine Bilanz der Vor- und Nachteile"*. Eine Dekade nach 1997 zeige Hongkong eine hohe Beschäftigungsrate, einen Rekord an neuen Firmengründungen, einschließlich neuer regionaler Hauptquartiere der Multis von 900 auf 1200. Ferner sei ein Rekord an neuen Börsennotierungen zu vermerken. 2006 überholte Hongkong an neuen Notierungen sogar New York. Vergleich des BIP: 1997 ca. 100 Mrd. US-Dollar, 2006 ca. 140 Mrd. US-Dollar.

Als Herausforderungen wurden genannt:

- Hongkong verliert den Reiz als Tor zu China;
- Zielstädte in China gewinnen langsam an Know-how und Erfahrung;

- Shanghai will sich als Konkurrenz zu Hongkong, als IT-Finanz- Handels- und Logistikzentrum präsentieren;
- Das Perflusdelta als Exportbasis für China verliert immer mehr an Unterstützung seitens Pekings aufgrund des chinesischen Handelsüberschusses.

Um seine bisherige Position ausbauen zu können, müsse Hongkong die bekannten Vorteile weiter optimieren und sich regional in den umliegenden Provinzen wirtschaftlich mehr engagieren.

Was Macao anbelange, soll es zum Las Vegas Asiens ausgebaut werden. Der Casino-Umsatz habe im Jahre 2006 bereits den von Las Vegas übertroffen. Die Hotelkapazität soll um ca. 30.000 Zimmer erhöht und die Veranstaltungskapazitäten wesentlich erweitert werden.

Wertung

Die Tagung bot einen guten Einblick in die aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Entwicklungen in der VR China, ergänzt durch politische Aussagen des chinesischen Botschafters Ma und seitens Eckart von Klaeden.

Seit einiger Zeit scheuen sich chinesische Entscheidungsträger auch nicht, vorhandene Problemfelder anzusprechen, wobei die politische Elite streng darüber wacht, wie weit diese Offenheit gehen darf. Die scharfe Kritik Chinas am Empfang des Dalai Lama durch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am 23. September 2007 im Bundeskanzleramt, zeigt, dass die stetig wiederholte Aussage Pekings, man werde sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen, nur bedingt Gültigkeit hat.

Dass die Kanzlerin den Mut hat, den Dalai Lama, Friedensnobelpreisträger und "eine moralische Instanz" im Kanzleramt zu empfangen, verdient Respekt und Anerkennung! Sie unterstreicht damit ihren Anspruch auf eine werteorientierte Außenpolitik.

Pekings Führung mag diese neue Tonart nicht gefallen. Man sagte deshalb auch kurzfristig den vorgesehenen deutsch-chinesischen "Rechtsstaatsdialog" in München ab. Da Chinas Entscheidungsträger Pragmatiker sind und sich tiefer gehende Verstimmungen in den chinesisch-deutschen Beziehungen vor den Olympischen Spielen im kommenden Jahr nicht leisten können, wird man nach einer "Phase der Verstimmung" wieder zur Alltagspolitik zurückkehren.

Denn wie formulierte es Botschafter Ma am 13. September 2007 so schön: *"Die Beziehungen zwischen China und Deutschland sind aus chinesischer Sicht von strategischer Bedeutung – und wir wollen diese weiter ausbauen!"*

Dr. Peter Roell, Berlin

Dr. Peter Roell ist Präsident des Instituts für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW), Berlin.
Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber

Der Vorstand der **pmg**

Redaktion

Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)

Tel.: +49 (221) 8875920

E-Mail: info@pmg-ev.com

Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen mehrfach jährlich nach den Veranstaltungen der **pmg**.

